



**Michael Ebenau: Sechs Jahre Rot-Rot-Grün in Thüringen**

**Ottp König/Richard Detje: Zukunft der Mitbestimmung**

**Forum  
Gewerkschaften**

**Beiträge u.a. von**

**Marion Fisch, Micha Brumlik,  
Christoph Butterwegge,  
Klaus Busch, Ulrich Bochum,  
Klaus Bullan, Joachim  
Bischoff, Michael Wendt**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Zermübungskrieg um Palästina

Die Hamas führte mit ihren massiven Raketenangriffen auf Ziele in Israel der Weltöffentlichkeit auf drastische Weise vor Augen, dass der grundlegende historische Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nicht im Sande verläuft.

## Geschäftsmodell der Pharmaindustrie verändern

Die New York Times untertitelte einen Beitrag von Mariana Mazzucato am 8.10.2020 wie folgt: »Verzerrte öffentlich-private Beziehungen, wie z.B. Pharmaunternehmen, die Millionen vom Steuerzahler erhalten und dann überhöhte Preise für Medikamente verlangen, sind nur ein Teil des Problems.«

## Waffen-Wahnsinn: 1.981.000.000.000 US-Dollar

Mehr als drei Millionen Pandemie-Tote sind seit dem Ausbruch von Covid-19 bislang weltweit zu beklagen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind enorm, die Einschränkungen für die Bevölkerung zunehmend unerträglich, doch eine Branche boomt – die Rüstungsindustrie.

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Internationale Kämpfe

|  |    |
|--|----|
| Micha Brumlik: Die Lage in Israel/Palästina und antisemitische Demonstrationen hier. Ein Postskriptum zur Frage »Postkolonialer Antisemitismus?« | 2  |
| Klaus Busch: Die neue Wirtschaftspolitik Bidens und die Strukturdefizite der EU  | 6  |
| Bernhard Sander:<br>Frankreich am Ende der 5. Republik   | 12 |

## Vielversprechende Anfänge

|  |    |
|--|----|
| Detlef Umbach: Vielversprechender Anfang.<br>Joe Bidens erste Wirtschafts- und Sozialprogramme                         | 18 |
| Otto König/Richard Detje: Die letzten »Commandantes« treten ab.<br>Kuba – eine Ära geht zu Ende, der Kampf geht weiter | 21 |

## Wachsende Abstände – nicht nur coronabedingt

|   |    |
|---|----|
| Joachim Bischoff/Bernhard Müller:<br>Soziale Spaltung in der Berliner Republik                    | 25 |
| Christoph Butterwegge:<br>Wohnungleichheit in der Covid-19-Pandemie                               | 31 |
| Klaus Bullan: Schulunterricht in Pandemiezeiten<br>Verschärfung der sozialen Benachteiligung      | 36 |
| Ulrich Bochum: Teslas Gigafactory. Auswirkungen auf Region, Ökologie,<br>Arbeitsplätze und Wohnen | 41 |

## Forum Gewerkschaften

|  |    |
|--|----|
| Michael Ebenau: Sechs Jahre Rot-Rot-Grün in Thüringen<br>Bilanz und Perspektiven für Gewerkschaften  | 45 |
| Forum Gewerkschaften: Kein Grund zum Jubeln. Tarifeinigung auch in<br>Sachsen – »Angleichung Ost« soll in einem Extraformat geklärt werden         | 50 |
| Otto König/Richard Detje: Zukunftsthema Mitbestimmung.<br>DGB-Gewerkschaften starten Initiativen zur Ausweitung der paritätischen<br>Mitbestimmung | 52 |

## Fragen des Interregnums

|   |    |
|---|----|
| Joachim Bischoff: Staat der Pandemie<br>und die Defensive der politischen Linken                                  | 57 |
| Michael Wendt: Zurück zum guten alten Kapitalismus.<br>Wie Sahra Wagenknecht die soziale Marktwirtschaft verklärt | 64 |

## Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

|   |    |
|---|----|
| Impressum                                 | 67 |
| Tipps zum Hingehen und Anschauen          | 68 |
| Marion Fisch: Systemsprenger (Filmkritik) | 69 |

# Die Lage in Israel/Palästina und antisemitische Demonstrationen hier

Ein Postskriptum zur Frage »Postkolonialer Antisemitismus?«

von ■ Micha Brumlik



15.5.2021. Nach einer Pro-Palästina-Demonstration sichert Polizei die Westend-Synagoge in Frankfurt am Main (Foto: dpa)

Mit dem am 10. Mai 2021 von der islamistischen Hamas begonnenen Raketenkrieg gegen israelische Städte hat sich – hegelianisch gesprochen – der Weltgeist einen besonders schlechten Scherz gestattet: Führte doch dieser Terror dazu, dass ausgerechnet in Deutschland, das voller Stolz 1.700 Jahre jüdischen Lebens feiern wollte, eine so noch nicht gekannte Welle antisemitischer Demonstrationen in Erscheinung trat.

In der Sache zu Recht beklagen humanitäre Organisationen die hohe Zahl ziviler Opfer, die die israelischen Luftschläge gegen die Infrastruktur der Hamas in Gaza forderten. Gleichwohl kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Hamas diesen Waffengang bewusst gewollt und provoziert hat – wissend, dass die israelische Reaktion blutig sein würde und auch die Leben palästinensischer Kinder, Frauen und Männer in

Gaza, aber auch in israelischen Städten fordern werde. So gesehen, liegt die zurechenbare Schuld an den getöteten Kindern, Frauen und Männern in Gaza eindeutig aufseiten der Hamas.

Aus einer funktionalistischen Beobachterperspektive ist indes festzustellen, dass die Hamas dem israelischen Premier Benjamin Netanyahu für seine Luftschläge ebenso dankbar sein kann wie Netanyahu der Hamas, haben doch deren Raketenangriffe ihm die Chance gegeben, trotz der gegen ihn von Staatsanwälten erhobenen Anklagen und anhaltender Proteste gegen seine Politik weiter im Amt zu bleiben. Zu Recht versah die liberale israelische Tageszeitung »Haaretz« am 21.5.2021 einen entsprechenden Beitrag des israelischen Autors Zvi Bar’El mit dem Titel »So wie die Hisbollah ein strategischer Aktivposten des Irans im Libanon ist, hat Israel die

Hamas in Gaza.« (»Just as Hezbollah is Iran’s Strategic Asset in Lebanon, Israel has Hamas in Gaza.«) Daher lässt sich noch nicht einmal ausschließen, dass es Netanyahu bewusst darauf abgesehen hatte, nicht nur die Palästinenser, sondern die muslimische Welt insgesamt zu provozieren.

So berichtet die New York Times vom 15. Mai 2021, dass der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin am »Jom ha Sikaron«, dem Tag der Erinnerung an die gefallenen Soldaten Israels – er fiel dieses Jahr auf den 13. April –, an der Klagemauer in Jerusalem eine Rede halten wollte und daher die israelische Polizei angewiesen wurde, in der ebenfalls auf dem Tempelberg befindlichen al-Aqsa-Moschee die Mikrofone abzuschalten. Und das am ersten Tag des Ramadan, der ebenfalls auf den 13. April fiel. Dass dies für eine strikt isla-

mistische Partei wie die Hamas, die den Gazastreifen diktatorisch regiert, ein gefundenes Fressen war, ist leicht einzusehen.

Die Hamas ist seit ihrem Anbeginn eine im wörtlichen engen Sinne antisemitische Gruppierung, wie sich den folgenden Passagen ihrer ersten – inzwischen offiziell nicht mehr gültigen – »Charta« leicht entnehmen lässt. Dort heißt es: »Die Feinde haben lange Zeit gekonnt und präzise geplant, um das zu erreichen, was sie erreicht haben. Sie berücksichtigten die Ursachen, die den aktuellen Verlauf der Ereignisse beeinflussen. Sie bemühten sich, großen und substanziellen materiellen Reichtum anzuhäufen, den sie der Verwirklichung ihres Traums widmeten. Mit ihrem Geld übernahmen sie die Kontrolle über die Weltmedien, Nachrichtenagenturen, die Presse, Verlage, Rundfunkstationen und andere. Mit ihrem Geld haben sie Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt ausgelöst, um ihre Interessen zu verwirklichen und die Früchte darin zu ernten. Sie standen hinter der Französischen Revolution, der Kommunistischen Revolution und den meisten Revolutionen, von denen wir hier und da gehört haben und hören. Mit ihrem Geld gründeten sie Geheimbünde wie Freimaurer, Rotary Clubs, Lions und andere in verschiedenen Teilen der Welt, um Gesellschaften zu sabotieren und zionistische Interessen zu verwirklichen. Mit ihrem Geld konnten sie imperialistische Länder kontrollieren und sie dazu anregen, viele Länder zu kolonisieren, damit sie ihre Ressourcen ausbeuten und dort Korruption verbreiten können.«

Heute gilt diese 1988 verabschiedete Charta offiziell nicht mehr – seit 2017 will sich die Hamas ein neues Grundsatzzprogramm gegeben haben, das nur noch »antizionistisch« ist. Dieses neue (auffälligerweise im Netz nicht direkt zugängliche) Dokument enthält derlei strikt antisemitische Passagen nicht mehr, äußert sich aber zu Israel, dem Zionismus und den Juden wie folgt: »Das zionistische Projekt ist ein rassistisches, aggressives, koloniales und expansionistisches Projekt, das darauf basiert, das Eigentum anderer zu beschlagnahmen. Es steht dem palästinensischen Volk und seinem Streben nach Freiheit, Befrei-

ung, Rückkehr und Selbstbestimmung feindlich gegenüber. Das israelische Gebilde ist ein Spielzeug des zionistischen Projekts und die Basis seiner Aggression ... Das zionistische Projekt richtet sich nicht nur gegen das palästinensische Volk. Es ist auch der Feind der arabischen und islamischen Ummah und stellt eine ernsthafte Bedrohung für deren Sicherheit und Interessen dar. Auch steht es den Bestrebungen der Ummah nach Einheit, Renaissance und Befreiung feindlich gegenüber und war die Hauptursache für ihre Probleme. Damit stellt das zionistische Projekt auch eine Gefahr für die internationale Sicherheit und den Frieden sowie für die Menschheit, ihre Interessen und Stabilität dar ... Die Hamas bekräftigt, dass ihr Konflikt dem zionistischen Projekt und nicht den Juden aufgrund ihrer Religion gilt. Die Hamas führt keinen Kampf gegen die Juden, weil sie Juden sind, sondern einen Kampf gegen die Zionisten, die Palästina besetzen. Sind es doch die Zionisten, die das Judentum und die Juden ständig mit ihrem eigenen Kolonialprojekt und ihrem illegalen Gebilde identifizieren ... Die Hamas lehnt die Verfolgung eines Menschen oder die Untergrabung seiner Rechte aus nationalistischen, religiösen oder sektiererischen Gründen ab. Die Hamas ist der Ansicht, dass das jüdische Problem, der Antisemitismus und die Verfolgung der Juden Phänomene sind, die grundsätzlich mit der europäischen Geschichte verbunden sind und nicht mit der Geschichte der Araber und Muslime oder deren Erbe. Die zionistische Bewegung, die mit Hilfe westlicher Mächte Palästina besetzen konnte, ist die gefährlichste Form der siedelnden Besatzung, einer Besatzung, die bereits aus weiten Teilen der Welt verschwunden ist und aus Palästina verschwinden muss.«<sup>1</sup>

Es fällt auf, dass die neue Charta von 2017 nicht den geringsten Hinweis darauf enthält, welche politische Form ein möglicher palästinensischer Staat annehmen, noch, was aus der jüdischen Bevölkerung des Landes werden soll. Deutlich ist auch in der erneuerten Charta nur, dass Hamas – anders als die PLO und Fatah – die Verträge von Oslo ablehnt. Im Unterschied zu den Positionen von Fatah und PLO lassen sich –

soweit ersichtlich – bei der Hamas keine Ansätze für eine politische Lösung – sei es nun eine Zwei-Staaten-, eine Ein-Staaten- oder eine föderative Lösung erkennen.

Daher soll sich der Blick nun abschließend auf die Situation in diesem Lande, auf die Lage in Deutschland richten, das in der Tat ein in dieser massenhaften Form neuartiges Phänomen aufweist: offen antisemitische Demonstrationen sowie Angriffe auf Synagogen – Formen des Judenhasses, die bisher allenfalls am Rande der in diesem Jahr wegen Corona abgesagten Al-Quds-Demonstrationen zu vernehmen waren. Es war nicht zu übersehen, dass – keineswegs nur in Berlin – junge Männer und Frauen aus immigrantischen Familien der Türkei, aus Marokko, Palästina und Syrien deutlich überrepräsentiert waren. Es verwundert nicht, dass daraufhin in den deutschen Medien sowie in der Bundestagsdebatte vom 19. Mai 2021 eine lebhafte Diskussion darüber entbrannte, ob es sich bei alledem um eine Form von »importiertem« Judenhass handele oder ob nicht doch – so jedenfalls die polizeiliche Kriminalstatistik – nach wie vor ein Bodensatz antisemitischer Haltungen sowie Delikte der eingeborenen deutschen Bevölkerung existiert, der das Ausmaß des in diesen Tagen gezeigten Antisemitismus bei Weitem übersteigt.

*Micha Brumlik war von 2000 bis 2013 Professor für Theorien der Bildung und Erziehung und von 2000 bis 2005 Direktor des Fritz Bauer Instituts – Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte des Holocaust in Frankfurt a.M. Er ist seit 2013 »Senior Advisor« am Selma Stern Zentrum für jüdische Studien Berlin/Brandenburg, lehrt und publiziert u.a. zur Geschichte des Judentums und zeitgenössischen jüdischen Themen.*

Bei diesem Text handelt es sich um den Vorabdruck eines »Postskriptums« zu seinem im Juni bei VSA erscheinenden neuen Buch »Postkolonialer Antisemitismus? Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger«, das er wie folgt einleitet: »Just während der letzten Korrekturen an den Fahnen zu diesem Buch brach – beginnend mit dem Beschuss von Tel Aviv durch von der Hamas abgeschossene Raketen – ein weiterer der kaum noch zählbaren Kriege zwischen Israel und Palästinensern aus. Vor diesem Hintergrund erscheinen die in diesem Buch analysierten Formen einer Auseinandersetzung mit postkolonialer Zionismuskritik in einem neuen, grellen Licht.«

<sup>1</sup> Beide Zitate aus dem Englischen übersetzt vom Autor. Sein Buch enthält in Fußnoten die englischen Originalzitate.

Zu dieser Frage liegen unterschiedliche Studien vor: So stellt eine allerdings bereits 2016 publizierte Studie von Sina Arnold und Jana König unter dem Titel »Flucht und Antisemitismus«<sup>2</sup> fest, dass die Mehrheit der (geflüchteten) Befragten kein geschlossen antisemitisches Weltbild vertritt, während etwa der »Berlin Monitor« der Universität Leipzig aus dem Jahre 2019 belegt, dass die Zustimmung zu israelbezogenen antisemitischen Meinungen bei Deutschen mit Migrationshintergrund signifikant höher ist als bei solchen ohne diesen Hintergrund. Entsprechend hat auch der niederländische Soziologieprofessor Ruud Koopmans laut FAZ vom 23.5.2021 Judenfeindlichkeit bei Muslimen und Christen in sechs europäischen Ländern untersucht und dabei herausgefunden, dass in Deutschland 10,5% der Christen, jedoch 28% der Muslime antisemitische Haltungen aufwiesen. In Österreich waren sogar 64,1% der Muslime sowie lediglich 10,7% der Christen der Überzeugung, dass man Juden nicht trauen könne. Auch eine Studie der »Anti-Defamation League« aus dem Jahr 2019 über das einschlägige Meinungsklima in Deutschland ergab, dass 14% der befragten Christen, aber 49% der Muslime antisemitische Haltungen aufweisen. Gleichwohl überwogen laut der Kriminalstatistik bei entscheidenden Straftaten bisher noch immer rechtsextreme Motive.

So stellt der erwähnte »Berlin Monitor« fest: »Das Bundesinnenministerium dokumentiert in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik für 2018 einen Anstieg der antisemitisch motivierten Straftaten von knapp 20% im Vergleich zu 2017. Konkret wurden 2018 1.799 Fälle erfasst, die zu 89% als rechtsextrem motiviert qualifiziert wurden. Ein entsprechender Anstieg muss auch für Berlin festgestellt werden: Mit 324 antisemitischen Straftaten stieg deren Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 6%. Dabei war mit 253 Fällen der Großteil rechtsextrem motiviert, bei 49 Straftaten wurde von der Polizei eine ›ausländische Ideologie‹ und bei 12 ›religiöse Ideologie‹ als Motiv ausgemacht. Die Motive von sieben Fällen wurden als ›links‹ und drei als ›nicht zuzuordnen‹ qualifiziert.«<sup>3</sup>

Allerdings: Besitzen die Befragten noch nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit, sind ihre Zustimmungsraten zu antisemitischen Aussagen sogar noch höher. Genau das aber beweist, dass sogar eher schwache Formen der Integration sich positiv auf das Nachlassen antisemitischer Haltungen auswirken. Auf jeden Fall unterscheidet sich der Judenhass alteingesessener Deutscher von dem von Migranten oder Migrantenabkömmlingen aus dem Nahen oder Mittleren Osten dadurch, dass erstere sich minder auf den Palästinakonflikt und den Staat Israel beziehen, sondern eher einem »Schlussstrich- oder Shoah-Antisemitismus« (Uffa Jensen) zuneigen.

Gleichwohl ist realistisch davon auszugehen, dass der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern – obwohl er objektiv und quantitativ keineswegs so bedeutsam ist wie die Unterdrückung der Uiguren durch China oder der mörderische Krieg des Militärs von Myanmar gegen die eigene Bevölkerung – die deutsche Öffentlichkeit und ihre Debatten auch in Zukunft massiv prägen wird. Dass und wie das sowohl mit der deutschen Geschichte als auch der christlichen Prägung dieses Landes zusammenhängt, wurde oben erläutert.

Am Beispiel der USA und ihrer akademischen Öffentlichkeit lässt sich zeigen, was auch Deutschland bevorstehen könnte. So hat der US-amerikanische Autor Kenneth Stern, Direktor des »Bard Center for the Study of Hate«, kürzlich eine Studie vorgelegt,<sup>4</sup> in der er die Auseinandersetzungen zwischen proisraelischen und propalästinensischen Studierenden und Fakultätsangehörigen auf US-amerikanischen Campussen nachzeichnet. Vor dem Hintergrund hier nicht näher zu entfaltender, komplexer sozialpsychologischer Erklärungen kann Stern nachweisen, dass sowohl proisraelische als auch propalästinensische Studierende und Fakultätsmitglieder stets gute moralische Gründe aufweisen können, die jeweils andere Gruppe bis zur Forderung nach Sprech- und Äußerungsverboten abzulehnen. Motive, die Stern zunächst insofern anerkennt, als er es für richtig hält, dass Studierende überhaupt begründete Meinungen zu komplexen politischen

und identitätsbezogenen Sachverhalten äußern – sofern sie bereit sind, ihre begründeten Meinungen öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Für Stern, der lange Zeit als Antisemitismus-Experte des American Jewish Committee (das er schließlich verließ) aktiv war, bedeutet dies jedoch, dass die wechselseitige, oft beobachtbare Dämonisierung der jeweils anderen Seite scharf zu kritisieren ist. In diesem Zusammenhang stellt er Argumente vor, die auf den ersten Blick gegen eine postkoloniale Kritik an der Gründung des Staates Israel zu sprechen scheinen. So zitiert Stern aus einem Essay des Autors J. Pearl, der notiert, warum der Staat Israel einschließlich des ihm vorhergehenden Zionismus kein kolonialistisches Unternehmen im klassischen Sinne sei:

- Gebe es doch außer dem Zionismus keinen anderen Fall von Siedlung, der sich auf die *historische* Geburtslandschaft der siedelnden Gruppe beziehe;
- gebe es doch keinen anderen Fall weißer Siedler, die eine Sprache sprechen, die *vor* der gegenwärtigen Umgangssprache des besiedelten Landes gesprochen wurde;
- gebe es doch keinen anderen Fall von Siedlern, deren Fest- und Feiertage Ereignisse des Landes erinnerten, *in* das sie gekommen sind – und nicht jenes, aus dem sie gekommen sind;
- gebe es doch keinen anderen Fall von Besiedlung, in dem die Namen von Orten nicht – wie etwa New York oder New Amsterdam – *nach Herkunftsorten* mit dem Präfix »Neu« etikettiert sind – sondern: Namen von Orten aus der Antike tragen;
- und gebe es doch keinen Fall von Siedlungsbewegungen, die ihre Siedlungspolitik unter *Bezug auf eine mehr als 80 Generationen zurückliegende* Geschichte mit all ihrer Dichtung, Prosa, täglichen Gebeten sowie weiteren Überlieferungen begründen.<sup>5</sup>

So sehr dem – was die die Besiedlung begründende Theorie oder Ideologie betrifft – zuzustimmen ist, so wenig ändert das an der Form der seit Ende des 19. Jahrhunderts beginnenden zionistischen Landnahme – auch der Umstand nicht, dass es oft genug arabische Groß-

grundbesitzer waren, die ihre Ländereien so erkaufte haben, dass die späteren neuen Eigentümer die nicht grundbesitzenden Kleinbauern von ihren Parzellen vertreiben konnten.

Es waren ganz ähnliche Konfliktstrukturen, die zu jener Eskalation geführt haben, die Anlass für die mit der PLO konkurrierenden Hamas war, Israel mit Raketen zu beschließen. Mit der Eroberung des Ostteils von Jerusalem durch israelische Truppen im Juni des Jahres 1967 fielen auch Häuser und Grundstücke unter israelische Herrschaft, in denen seit 1948 arabische Familien gewohnt hatten – Häuser und Grundstücke freilich, die vor 1948 von jüdischen Familien bewohnt wurden, die sie infolge des Krieges verlassen hatten: Der Name des Stadtteils lautete »Sheikh Jarrah«. Vergleichsweise früh nach der Eroberung im Jahr 1967 urteilten israelische Gerichte, dass arabische Familien diese Häuser zu verlassen hatten, sofern es jüdischen Anwältern gelingen sollte, nachzuweisen, dass dort vor Beginn des Krieges jüdische Familien gelebt hatten. Medico International berichtete am 12. Mai 2021 über die Angelegenheit: »Die Gerichte haben sich in diesen zehn Jahren auf die Seite der israelischen Ansprüche gestellt und zahlreiche Familien zwangsräumen lassen. Den letzten verbliebenen palästinensischen Familien wurde in der vergangenen Woche vom Gericht ein »Kompromiss« angeboten: Sie konnten zustimmen, ihr Haus an einen Siedler zu übergeben, wenn die jeweiligen Familienältesten sterben, oder sie werden jetzt zwangsräumt. Sie weigerten sich. Das Gericht sollte eigentlich am 11. Mai eine endgültige Entscheidung fällen, entschied sich aber, dies bis zur zweiten Juniwoche zu verschieben. Das sollte der israelischen Polizei und Grenzpolizei Zeit verschaffen, die Proteste zu zerschlagen. Weiter wurde vermutlich gehofft, die internationale Gemeinschaft würde ihre Aufmerksamkeit zwischenzeitlich auf andere Probleme richten und abgelenkt sein.«<sup>6</sup>

Die mit diesen Vorgängen verbundene grundsätzliche Problematik, die weit über das Ungemach von Zwangsräumungen hinausgeht, besteht darin, dass – wie nicht zuletzt der israelische

Historiker Benny Morris nachgewiesen hat – während und nach dem Krieg von 1948 etwa 700.000 Palästinenser aus jetzt zu Israel gehörigen Gebieten vertrieben wurden oder geflohen sind. Ein Umstand, der es der israelischen Gesetzgebung nach dem Krieg ermöglichte, eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden, die Grund und Boden abwesender – also geflohener oder vertriebener – Araber der ausschließlichen Verwaltung der israelischen Bodenentwicklungsbehörde unterstellen.

Bekannt wurde vor allem das 1950 erlassene »Absentees Property Law«, das als »abwesende Besitzer« Personen definiert, »die – zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen dem 29. November 1947 und dem Tag, an welchem eine Erklärung veröffentlicht wird, [...] Bürger Palästinas waren und ihren normalen Wohnsitz in der Absicht verlassen haben, a) vor dem 1. September 1948 außer Landes zu gehen, b) in den Teil Palästinas zu gehen, der von den Mächten besetzt ist, die die Gründung des Staates Israel verhindern wollen, bzw. nach seiner Gründung gegen ihn zu kämpfen.«<sup>7</sup>

Im auch beim Schreiben dieser Zeilen noch aktuellen Konflikt um die Zwangsräumungen im Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrah zeigt sich beispielhaft der letzte Grund des Palästinakonflikts: Der Streit um ein notwendigerweise knappes Gut, das nicht beliebig vermehrbar ist, nämlich um Böden und Behausungen. Das Beharren der palästinensischen Seite auf einem – sogar von den Vereinten Nationen verbrieften und vererbaren – Rückkehrrecht der Vertriebenen und Geflüchteten von 1948 ist die Kehrseite dieses Konflikts, der während des nun einige Tage zurückliegenden Krieges zwischen Israel und der Hamas sogar das inzwischen halbwegs erträgliche Verhältnis zwischen jüdischen und nichtjüdischen – christlichen und muslimischen – Bürgern Israels zu zerstören droht. Und das, obwohl während der letzten, noch andauernden Regierungskrise sogar israelische Rechtsparteien mit der Vereinten Arabischen Liste über eine mögliche Regierungsbildung verhandelt haben. Das 2018 verabschiedete israelische »Nationalstaatsgesetz« – das Arabisch als Amtssprache ausschloss – hat die Grundlagen des Zu-

sammenlebens nachhaltig beschädigt. All das hat mit dazu beigetragen, dass es nach und während des Waffengangs zwischen der Hamas und Israel selbst zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern im israelischen Kernland und der Westbank kam.

Wie könnte dort eine erträgliche Zukunft aussehen? Als letzte Hoffnung bleibt eine minder bekannte soziologische Theorie, die – vermeintlich paradox – Integration durch Konflikt postuliert. Tatsächlich sind sich – allgemein gesprochen – Konfliktpartner näher als friedlich nebeneinander Herlebende, zudem finden sich in Israel/Palästina – mindestens in Israel – Menschen von beiden Seiten im Interesse einer gedeihlichen gemeinsamen Zukunft zusammen. Das heißt: Für das klassische, jedenfalls nicht kriegerische Nebeneinander steht noch immer die von fast allen anderen Mächten befürwortete »Zwei-Staaten-Lösung«, an die aufgrund der israelischen Siedlungspolitik tatsächlich niemand mehr glaubt.

Daher ist es höchste Zeit – auch für die deutsche Politik –, sich ehrlich zu machen: An die Stelle der nicht verwirklichtbaren »Zwei-Staaten-Lösung« wird und muss eine – wie etwa Omri Boehm vorschlägt – föderative Ein-Staaten-Lösung treten. In dieser Form könnte der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern durch die neuartige Form einer staatlichen Föderation seine Lösung finden.

<sup>2</sup> Flucht und Antisemitismus. Erste Hinweise zu Erscheinungsformen von Antisemitismus bei Geflüchteten und mögliche Umgangsstrategien. Qualitative Befragung von Expert\_innen und Geflüchteten. Expertise für den Expertenkreis Antisemitismus, vorgelegt von Dr. Sina Arnold und Jana König (M.A.), Berlin 2016; [www.bim.hu-berlin.de/media/Abschlussbericht\\_Flucht\\_und\\_Antisemitismus\\_SA\\_JK.pdf](http://www.bim.hu-berlin.de/media/Abschlussbericht_Flucht_und_Antisemitismus_SA_JK.pdf)

<sup>3</sup> Der Berlin Monitor 2019, Leipzig 2019, S. 50; [berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2019/08/Berlin-Monitor-2019.pdf](http://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2019/08/Berlin-Monitor-2019.pdf)

<sup>4</sup> Kenneth S. Stern: The Conflict over the Conflict: The Israel/Palestine Campus Debate, Toronto 2020

<sup>5</sup> A.a.O., S. 46f.

<sup>6</sup> Chris Whitman: Sheikh Jarrah – Mehr als ein paar Häuser. Über die Bedeutung eines kleinen Viertels in Ostjerusalem und seine Mobilisierungskraft für die Rechte der Palästinenser:innen. Ein Bericht; [www.medico.de/blog/mehr-als-ein-paar-haeuser-18183](http://www.medico.de/blog/mehr-als-ein-paar-haeuser-18183)

<sup>7</sup> Zitiert nach E. Lobel/S. Geris: Die Araber in Israel, München 1970, S. 118

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

